

# Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfen  
Bei Bezugsverhältnissen und in allen Buchhandlungen

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

6. Jahrgang

Dresden, Freitag den 28. November 1930

Nummer 27

Im Sächsischen Landtag erzwungen:

## Annahme der KPD-Mieterforderungen

Demagogische Manöver der NSDAP — Verstärkt den Massentampf gegen Mietwucher:

Dresden, den 27. November 1930.  
In der heutigen Sitzung des Sächsischen Landtages wurden die von der KPD gestellten Mieterforderungen angenommen. Die Anträge lauten: „Die Regierung zu beauftragen: 1. alle geplanten Anträge auf Mieterhöhung abzulehnen; 2. bei der Reichsregierung gegen jede Mieterhöhungsverordnung oder -erhöhung Einspruch zu erheben.“

„Der Landtag wolle beschließen: 1. höchstentschieden gegen die von der Reichsregierung geplanten mieterfeindlichen Maßnahmen zu erheben; 2. die Regierung zu beauftragen, ihren Vertreter im Reichsrat anzuschreiben, gegen jede Verschärfung der Mieterhöhungsgesetzgebung und -lockerung bzw. Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft zu stimmen.“

Die Annahme dieser Anträge für die Mieter im Sächsischen Landtag hat außerordentliche Bedeutung. Sie zeigt, daß sich die Faschisten gezwungen sind, dem ungeheuren Druck der werktätigen Mieterklasse nachzugeben. Bei der Verhandlung von Mieterfragen im Reichstag erklärte bekanntlich ein Nationalsozialist in der Polemik gegen die Wirtschaftspartei, daß die Nazis eine große Anzahl Hausbesitzer in ihren Reihen haben und trotzdem waren sie gezwungen, im Sächsischen Landtag den kommunistischen Forderungen zuzustimmen. Allerdings verhielten sie sich gegenüber den Hausbesitzern zu rechtfertigen durch das Einbringen eines demagogischen Antrages, in dem die sofortige Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft gefordert wurde.

Der 2. Teil dieses Antrages war ein Manöver gegen die Mieter; denn darin wurde gefordert, daß trotz der Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft Sicherungen für den Mietererschutz erfolgen sollen. Mit Recht betonte Genosse Herrmann die darin enthaltene Demagogie der Faschisten. Wenn die Wohnungszwangswirtschaft aufgehoben ist, ist der Willkür der kapitalistischen Hausbesitzer Tür und Tor geöffnet. Die werktätigen Mieter müssen jetzt alles daransetzen, durch einen Massentampf die Verwirklichung dieses Beschlusses zu erkämpfen. Keineswegs dürfen Illusionen darüber bestehen, daß durch die Annahme dieses Beschlusses die Gefahren für die Mieter beseitigt seien.

### Die Hungerarmee marschiert Gewaltiger Aufmarsch Chemnitzer Erwerbsloser

Chemnitz, 28. November. (Eig. Drahtmeldung.)  
In Chemnitz vereinigten sich gestern weit über 10000 Erwerbslose zu einer gewaltigen Demonstration und zu zahlreichen Saalundungen. In einer derselben sprach der aus dem Zuchthaus entlassene Genosse Ebers. Aus der näheren Umgebung von Chemnitz kamen die Erwerbslosen in Hungermärschen nach Chemnitz angetrieben. Nach einer Aienkundgebung auf dem Theaterplatz zog das Hungerheer in einer mächtigen Demonstration durch das Innere der Stadt. In einer angenommenen Entschlieung versprechen die Erwerbslosen, im Streik der Straßenbahner volle Solidarität, die auch durch Bereitstellung von Massentreibposten zum Ausdruck kommen soll, wenn die Straßenbahndirektion nicht noch zürückweicht und der Streik am 2. Dezember beginnt.

die ehrlichen Spezialisten beim sozialistischen Aufbau“ er immer wieder aus den Reihen der Demonstranten.  
In zahlreichen Fabriken wurden neue Stoßbrigaden geschaffen, hunderttausende Arbeiter traten der Partei bei. Ein großes Meeting, das von den Gewerkschaften und Belegschaften der Mosauer Großbetriebe veranstaltet und beschloß die Schaffung eines „Fonds für die Unterstützung Sowjetunion“. Eine Gruppe alter Arbeiter aus Leningrad

### Neute Freitag, den 28. November Parteiarbeiter-Konferenz Groß-Dresden Im Körnergarten, Große Meißner Straße

durchweg seit Jahrzehnten im Betriebe stehen, richtete Brief an den Obersten Gerichtshof, in dem für das Todesurteil für die Angeklagten fordert und die Arbeiter und Bauern ruft, sich mit verdoppelter Kraft dem sozialistischen Aufstand anzuschließen. Es heißt in diesem Briefe: „Wir Gruppe alter Arbeiter sagen: Die Poincaré, genannt Poincaré — der wird es nicht gelingen, den kriegsreichen Formarsch des Sozialismus aufzuhalten!“  
Die „Pravda“ unterstreicht öffentlich die Bestätigung der Befristung der führenden Rolle der französischen Regierung und des französischen Generalstabes bei der Organisation bewaffneter Intervention durch neue konfretre Materialien.

Eine Anzahl in der Sowjetunion arbeitender ausländischer Arbeiter richtete einen Brief an die „Pravda“, in dem es heißt:  
„Die GPU hat zur rechten Zeit diese Sabotageorganie aufgedeckt. Unsere Antwort an die französischen Imperialisten und ihre Lakaien heißt: Erfüllung des fünften Jahresplanes in der kürzesten Zeit. Wir ausländische Arbeiter und Techniker, die wir in der Sowjetunion gefommen sind, um an dem Aufbau des sozialistischen Landes teilzunehmen, sind bereit, im Falle der Gefahr unser Leben für die Verteidigung des proletarischen Vaterland zu opfern. Wir rufen alle ausländischen Spezialisten als Antwort auf die Mahnrufen der französischen Imperialisten alle ihre Kenntnisse für den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft zu geben.“

### „Nieder mit den Feinden der Sowjetmacht“

Täglich werden in der kommunistischen Weltpresse Forderungen von Arbeitern, Arbeiterinnen, Soldaten und Bauern verfaßt, in denen die Entrüstung der Massen über die verbrecherische Tatkraft der „Industriepartei“ zum Ausdruck kommt. In all diesen Briefen und den Beschlüssen wird die Vernichtung der Schädlinge, die im Dienst der imperialistischen Mächde hand gefordert.

### Die Ursache des Geständnisses der Konterrevolutionäre:

## Der Bankrott der Pläne erkannt

Stürmische Kundgebungen der Arbeiter aller Länder gegen die „Industriepartei“ und die imperialistischen Hintermänner — Alles für die Sowjetmacht!

Moskau, 27. November.  
Der gestrige 2. Verhandlungstag gegen die Zentrale der Industriepartei war ausgefüllt vom Schlag der fünfständigen Auslagen Kamillus, den darauffolgenden Aussagen von Paritschem und Kalininkow, sowie dem Beginn der Auslagen von Tscharnomski.

Alle bisherigen Aussagen bewegen sich auf der Linie der Behauptung und Ergänzung der Aussagen vor dem Untersuchungsrichter. Besonders bemerkenswert ist der Schlag der Auslage Kalininkows, wo dieser zum ersten Male durchblinden läßt, was die Angeklagte: demog., ein umfangreiches Geständnis abzugeben. Die Erkenntnis der Ausschließlichkeit ihrer Bemühungen, im Inneren der Sowjetunion die Intervention vorzubereiten, kam bereits vor ihrer Verhaftung durch die GPU. Kalininkow will diese Erfahrung allen Ingenieuren mitteilen, um sie vom verbrecherischen Weg und ihrem eigenen Untergang abzuhalten. Aus dieser Einstellung — die den Geständnissen der Angeklagten zugrunde liegt — erhebt sich die Gefährlichkeit und das ruhige Auftreten der Angeklagten und die Erweiterung ihrer Geständnisse. Das Bestreben, die verbrecherische Vorbereitung der Intervention vor aller Welt aufzuklären, gibt den Angeklagten die letzte Haltung.

### „Gruß an den Wächter der Revolution, die GPU!“

Moskau, 27. November.  
Aus Wladimir wurde eine Erklärung norwegischer, japanischer und sinesischer Seeleute an die „Pravda“ gerichtet, in der gelangt ist eine Verurteilung im internationalen Klub der Seeleute, die sich bis in die späte Nacht mit dem Bericht über die in der GPU aufgedeckte Schädlingeorganisation beschäftigte. 7 versammelten Seeleute haben eine Resolution angenommen, der die energischen Maßnahmen der Sowjetmacht begrüßt und die Fälligkeit der Konterrevolutionäre gefordert wird. Die Arbeiter geloben, die Sowjetmacht gegen alle innere und äußeren Feinde mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Sie schließen mit einem „Gruß an den Wächter der Revolution die GPU. Tod den Feinden der Arbeiterklasse!“ Die versammelten Seeleute nahmen die

Resolution unter kommunistischen Coalitionen und „Rot-Front“-Klub für die Sowjetunion an.

### „Nieder mit Poincaré!“ Aiensteilnahme der Werktätigen Sowjetrußlands an den Verhandlungen

Moskau, 27. November.  
Die gestrigen Demonstrationen in der ganzen Sowjetunion waren nach den Presseberichten von ungewöhnlicher Stärke. In Moskau demonstrierten 1200000, in Leningrad 700000, in Charkow, Wladiwostok, Tiflis, Gornel, Odessa, Iwer, Sverdlowitz, Stalingrad und Koltom demonstrierten hunderttausende. Die Demonstrationen forderten das höchste Strafmaß für die Schädlinge. Rufe: „Nieder mit Poincaré!“, „Tod dem bürgerlichen Paris!“, „Wir wollen keinen Krieg, aber wir sind gerüstet!“, „Mit uns sind

## Blutorgien der polnischen Faschisten!

Polen eine Höhle für Arbeiter, Bauern und nationale Minderheiten — Demagogie der faschistischen Kapitalistenpresse in Deutschland

Berlin, 28. November.  
Der Terror des faschistischen Polens gegen die Arbeiter, Bauern, die Deutschen und anderen Minderheiten ist so grau-sam, daß selbst die bürgerliche Presse gezwungen ist, Alarm zu schlagen. Täglich werden spaltenlange Berichte veröffentlicht, wie Menschen brutal mißhandelt, zu Tode gemartert, wie Frauen und Kinder geschändet werden. Es gibt keine Bestialität, die nicht von den Pilsudski-Horden gegen die werktätige Bevölkerung Polens Anwendung findet. Hunderte von Gendarmen überfallen die Dörfer, schlagen alles, was sich ihnen entgegenstellt, nieder und holen wie die Vandalen. Die Kerker sind überfüllt.  
Die deutsche Bourgeoisie drückt Enttäuschung. Aber sie gerode hat doch durch ihre Politik der kolonialistischen Verdrängerbande in Polen den Weg bereitet. Die ungeheuren Qualen der Minderheiten, der revolutionären Arbeiter und Bauern unter dem Pilsudskiregime des Faschisten Pilsudski sind nichts anderes als die

Folge der blutigen Unterdrückung der Werktätigen Polens, der die deutsche Bourgeoisie hervorragenden Anteil hat.  
Wenn jetzt die bürgerliche Presse diesen Kampf des kolonialistischen Klüngels um Pilsudski zu einer nur nationalen Trostschmelze verurteilt, so ist das ein niederträchtiger Schwindel. Die Bestialität des polnischen Faschismus, der verzweifelte Versuch der herrschenden Klasse, der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten, sich der revolutionären Kämpfe der Werktätigen gegen das Elend der Wirtschaftskatastrophe und des täglich unerträglicher werdenden kapitalistischen Regimes zu erwehren. Die kommunistische Partei und die kommunistische Internationale kämpfen seit ihrem Bestehen gegen die soziale und nationale Unterdrückung der Werktätigen. Die faschistische Bourgeoisie Deutschlands und ihre Tratornergarde aus dem St. erlager hat kein Recht, als der „Anwalt“ der unterdrückten Minderheiten in Polen an